



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 6./7. Juli 2021

Zum zweiten Mal traf sich der Kantonsrat in Grenchen und somit erneut auswärts. Es besteht aber Hoffnung, dass es die letzte auswärtige Session war. Nach den Sommerferien sollen die Sessions wieder im Ratssaal stattfinden – wobei allerdings noch offen ist, mit welchen Einschränkungen. Gemunkelt wird, dass es für die Teilnahme ein Zertifikat braucht, was staatspolitisch nicht ganz unheikel wäre.

In der Session vor der Sommerpause wird jeweils die [Rechnung des Vorjahres](#) diskutiert. Diese schliesst mit einem Überschuss von 59 Mio. Franken und somit, in Anbetracht des schwierigen Jahres, äusserst positiv ab. Aufgrund der Corona-Massnahmen zahlte der Kanton diverse Unterstützungsgelder aus bzw. nahm weniger Geld ein (u.a. 4.2 Mio. Franken bei Bussen durch die Polizei). Dass die Rechnung trotzdem so positiv ist, ist auf namhafte ausserordentliche Einnahmen zurückzuführen (zusätzliche Ausschüttung der Nationalbank von 64 Mio.). Zudem wurden Aktien der Alpiq verkauft (plus 21.9 Mio.). Trotz dieser guten Rechnung weist der Kanton immer noch eine Nettoverschuldung von 4'643 Franken pro Einwohner aus.

Abstimmungstechnisch am spannendsten war das Geschäft [«Energieausweis für Gebäude»](#). Im Vorfeld war klar, dass links ja und rechts nein stimmen wird, während die CVP/EVP-Fraktion gespalten war, was somit auf eine knappe Entscheidung hinauslief. Ich sprach mich gegen eine solche Verpflichtung aus. Schlussendlich wurde der Auftrag mit 49:46 abgelehnt.

Besprochen wurde meine Interpellation zum Thema [«Integrative sonderpädagogische Massnahmen \(ISM\): Entwicklung und Ursachen»](#). Das Ziel dieses Vorstosses war es, dass hier einmal genauer auf die Ursachen geschaut und nicht nur reine Symptombekämpfung betrieben wird. Leider nahm der Regierungsrat den Ball nicht auf und beantwortete die Interpellation sehr oberflächlich, wodurch die Diskussion auch nicht in die gewünschte Richtung lief. Man nimmt die hohen und stetig steigenden Kosten in diesem Bereich quasi schulterzuckend zur Kenntnis.

Aufgrund eines überwiesenen Auftrages (mit ca. 2/3 zu 1/3) werden Kanton und Gemeinden neu verpflichtet, [familien- und schulergänzende Kinderbetreuung mitzufinanzieren](#). Persönlich habe ich mich dagegen gewehrt. Einerseits aus Sicht der Gemeinden: Vor allem in kleineren Gemeinden macht ein solches Angebot keinen Sinn, wenn es von Seiten der Bevölkerung teils gar nicht oder nur sehr bedingt nachgefragt wird. Andererseits wird mit diesem Vorstoss einmal mehr nur ein spezifisches Familienmodell gefördert, was für mich sehr störend ist.

In Kürze

Ein Volksauftrag, welcher [«Keine Flüge für Kantonsangestellte, Politiker und Schüler»](#) verlangte, wurde klar abgelehnt, da dies heute schon äusserst selten vorkommt. Im Strassen-ÖV soll die [Dekarbonisierung/Elektrifizierung](#) vorangetrieben werden. Es war die letzte Session für die beiden abtretenden Regierungsräte Roland Fürst und Roland Heim. Ihre Nachfolger, Sandra Kolly und Peter Hodel, wurden vereidigt.

Die nächste Session findet am 31. August und 1./8. September statt.

André Wyss

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

Persönlich

Insgesamt hatte ich drei Voten. Eines zum Thema [«Impfung bei den Jugendlichen»](#), wo ich unterstrichen habe, dass eine Impfung freiwillig sein und bleiben muss und nicht durch Aufsetzen von Druck [«gefördert»](#) werden darf.

Zu den Wahlen – also zu einem für die Bevölkerung eher nebensächlichen, für die Parteien aber zentralen Thema – habe ich zwei Vorstösse eingereicht: Einen Auftrag, welcher verlangt, dass zukünftig die **Kantonsratswahlen nicht mehr an einem Abstimmungssonntag** stattfinden sollen. Gerade für kleinere Parteien ist es nicht möglich, gleichzeitig Wahl- und Abstimmungskampf zu führen. Zudem gehen die Kantonsratswahlen in diesem Fall medial unter.

Der zweite Vorstoss (eine kleine Anfrage) verfolgt das Ziel, dass zukünftig [«Wahlwerbung» reduziert](#) werden kann. Dadurch könnten die Parteien Kosten senken und gleichzeitig würde die Umwelt geschont.

Die in der letzten Session eingereichten kleine Anfrage zum Thema [«Unterstützung für Haushalte in bescheidenen finanziellen Verhältnissen»](#) wurde inzwischen vom Regierungsrat beantwortet. Er sieht allerdings keinen Bedarf, diese Einkommensklassen ausserordentlich zu unterstützen.

Auf meiner Homepage sind alle Vorstösse im Detail abrufbar.